

Was die Parteien sich vornehmen

Die Journalistin Sandra Maischberger zu Programmen und Frauenanteil in den Parlamenten

BINGEN/BERLIN. Im Bezug auf das Superwahljahr 2021 haben wir die Journalistin Sandra Maischberger zu den Themen Politik und Wahl-O-Mat interviewt. Nachdem sie 2002 als Erste in ihrer Sendung den Wahl-O-Mat integriert und von verschiedenen Politikern testen hatte lassen, war unsere erste Frage:

Wie denken Sie, stehen die Parteien zu dem Wahl-O-Mat?

Ich habe das Gefühl, dass die Parteien ihn einerseits als ganz gutes Tool sehen, um junge Wähler zu erreichen und andererseits sind sie natürlich immer kritisch. Das liegt daran, dass der Wahl-O-Mat eine Auswahl an Fragen treffen muss. Manche Parteien haben gesagt, das sind nicht die Fragen, die unserer Partei am wichtigsten sind. Ich glaube, insgesamt sehen die meisten Parteien den Wahl-O-Mat als eine Bereicherung und einige, die notorischen Parteien, haben das Gefühl, sie kommen da nicht besonders gut weg.

Wie stehen Sie zur Frage aus dem Wahl-O-Mat, ob das Wahlalter auf 16 herabgesetzt werden sollte?

Ich könnte mir sehr gut vorstellen, dass man das Wahlalter generell auf 16 senkt. Und das auch für überregionale Wahlen, etwa der Bundestagswahl. Ich glaube es hätte auch den Effekt, dass sich junge Leute, die noch nicht interessiert sind, sich vielleicht interessieren würden, für das was schlussendlich dann über ihren Alltag entscheidet. Also ich kann mir nur positive Effekte dabei denken und verstehe gar nicht, warum das noch nicht eingeführt ist.

Benutzen Sie den Wahl-O-Mat auch privat?

Ich mache das tatsächlich immer mal wieder, da die Parteiprogramme wirklich mühsam zu lesen sind und wenn man einen kurzen Überblick haben möchte, sind im Hintergrund dann nochmal die Positionen der Parteien zu unterschiedlichen Fragen zusammengefasst. Und ich mache es ganz gerne, da man immer mal wieder überrascht vom Ergebnis ist. Ich würde dann nachgucken, bei welchen Fragen es eine Übereinstimmung gibt, und dann schaue ich mir das nochmal ganz genau an.

Da wir ein Mädchengymnasium sind und Sie viel in Kontakt mit Jugendlichen stehen, würde es uns interessieren, was Ihre Ideen sind, um den weiblichen



Journalistin und Fernsehmoderatorin Sandra Maischberger
Foto: dpa

WAHL-O-MAT

► Der Wahl-O-Mat ist ein Frage-Antwort-Tool, welches zeigt, mit welchen politischen Positionen einer Partei der Wähler am meisten übereinstimmt. Er besteht aus 38 Fragen, die mit „Stimme zu“, „Stimme nicht zu“ oder neutral beantwortet werden können. Kann man sich zu einer Frage nicht klar positionieren, kann man diese überspringen.

► Das Konzept wurde von der Bundeszentrale für politische Bildung gemeinsam mit Jugendlichen, Journalisten und Politikern ausgearbeitet. Wir haben den Wahl-O-Mat im Sozialkunde-Unterricht selbst getestet und hatten somit einen guten Einstieg in die Parteiprogramme.



Gemeinschaftsaktion



www.boehringer-ingelheim.de



www.gemueinden-bau.de



Anteil in der Politik zu steigern?

Das ist natürlich nach wie vor ein Debakel, dass der Frauenanteil in Entscheidungs- und Chefpositionen immer noch so gering ist. Es waren sogar schon mal mehr. Der Anteil im Bundestag ist jetzt geringer, als er in der letzten Legislaturperiode war. Das liegt tatsächlich vor allem an der AfD, aber auch an der FDP.

Letztendlich, glaube ich, müssen die Parteien das selber wirklich wollen und sich dann auch um die Frauen bemühen, die da rein gehen. Die Grünen haben das über viele Jahrzehnte gemacht und sind jetzt die Partei mit dem höchsten Frauenanteil, gefolgt von der Linken. Ich glaube, man muss dort richtig dran arbeiten, weil Politik sehr häufig einfach unattraktiv ist für Frauen, die auch Familie und Kinder haben. Ich glaube, die Parteien haben die Verantwortung.

Das Interview führten Anna Schneiß, Gianna Dezius, Katharina Jung, Lea Hein und Leonie Sonne

DAS PROJEKT

► „Demokratie lebt vom Mitmachen“ – das ist der Slogan des Fachbereichs Sozialkunde an der Hildegardisschule Bingen. Slobodan Comagic, Fachbereichsleiter und Sozialkundelehrer der Klasse 10c, hat deshalb in der laufenden Kampagne von „Schüler lesen Zeitung“ einen Schwerpunkt beim

Thema Wahlen gesetzt. Die Schülerinnen haben ein Redaktionsteam gebildet und sich mit verschiedenen Themen zur bevorstehenden Landtagswahl in Rheinland-Pfalz auseinandergesetzt und dabei sogar Stimmen von Prominenten eingefangen. Das Ergebnis lesen Sie auf dieser Seite.

Illustration: AdobeStock – Artnautia



Warum wählen wichtig ist

Um die Teilnahme an den Abstimmungen zu steigern, denkt manch einer über eine Wahlpflicht nach

Von Merle Hochstein, Klara Marie Roos, Henrike Dennier, Victoria Keller und Helena Ahrens

BINGEN/MAINZ. In diesem Jahr finden in einigen Bundesländern Landtagswahlen statt. Neben Thüringen, Sachsen-Anhalt, Baden-Württemberg, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern werden auch in Rheinland-Pfalz am 14. März neue Landesvertreter gewählt. Neben den Überlegungen, ob und wen man wählt, machen sich viele Menschen auch Gedanken über das Wahlsystem.

Jeder deutsche Bürger ab 18 Jahren hat das Recht zu wählen. Dabei wird die Wahl durch die Grundsätze „allgemein, unmittelbar, frei,

gleich und geheim“ geschützt.

Die Wahlbeteiligung lag bei den Landtagswahlen in den vergangenen Jahren zwischen 60 und 70 Prozent. Das hat bei vielen Menschen dazu geführt, über eine Wahlpflicht nachzudenken.

In einigen Ländern wird ein Bußgeld fällig

Es gibt bereits einige Staaten mit einer Verpflichtung zur Wahl, dabei wird unter realer und formaler Wahlpflicht unterschieden. Die Verletzung einer realen Wahlpflicht zieht im Gegensatz zur formalen Wahlpflicht Sanktionen nach sich. Im Fall einer Nichtwahl eines Stimmberechtigten in dem

Schweizer Kanton Schaffhausen kann der Wahlberechtigte mit kleinen Strafen rechnen. Das Bußgeld beträgt sechs Schweizer Franken, das entspricht 5,40 Euro. Einen Kontrast dazu bildet Ägypten, dort variieren die Konsequenzen einer Verweigerung der Stimmabgabe zwischen einer Geldstrafe und einer Gefängnisstrafe.

Eine Wahlpflicht führt zu einer Steigerung des Interesses an der Politik, da sich mehr Menschen dazu verpflichtet fühlen würden, ihr Wissen über die einzelnen Parteien und ihre Ziele zu erweitern.

Dagegen spricht die Gefahr einer unüberlegten Wahl derer, die sich nicht informie-

ren und somit unreflektiert wählen. Durch eine Wahlpflicht und die daraus resultierende höhere Beteiligung würde die Regierung die Meinung des größten Teils des Volkes vertreten können. Außerdem wird somit die demokratische Struktur des Landes unterstützt.

Warnung vor Eingriff in persönliche Freiheitsrechte

Dagegen wäre eine Pflicht zur Wahl ein Eingriff in die persönlichen Freiheitsrechte des Menschen. Zusätzlich müssten Nichtwähler sanktioniert werden, um das Einhalten der Wahlpflicht zu gewährleisten. Dies würde jedoch hohe Kosten auslösen und einen großen Zeitauf-

wand für den Staat bedeuten.

Insgesamt sollte dennoch die Ausweitung des politischen Interesses im Vordergrund stehen und nicht durch eine mögliche Wahlpflicht erzwungen werden. Grundsätzlich sollte das Ziel eines jeden Politikers sein, die Bürger zum Wählen zu motivieren.

Quellen:

- <https://www.maennersache.de/wahlpflicht-laender-deutschland-belgien-luxemburg-16048.html>
- <https://www.polyas.de/blog/de/wahlbeteiligung-steigern/wahlpflicht-pro-contra-2>
- <https://www.dw.com/de/contramit-wahlpflicht-erreicht-mangar-nichts/a-4322158>

Ab wann ist man mündig?

Wahlrecht ab 16: Die meisten Parteien sprechen sich dafür aus



Von Klara Rosalie Kluck, Luisa Dausner und Elisabeth Maria Futterer

BINGEN/MAINZ. In den vier Bundesländern Bremen, Brandenburg, Hamburg und Schleswig-Holstein hat sich die Absenkung des Wahlalters in Bezug auf die Landtagswahlen bereits etabliert. Ist die Ausweitung dieser Regelung auf den gesamten Bund sinnvoll?

Zum jetzigen Zeitpunkt gibt es gesplante Meinungen über das Thema zwischen den Parteien, weshalb die Änderung dieser Regelung in Rheinland-Pfalz und auf Bundesebene noch nicht durchgebracht werden konnte.

Aktuell sind nur noch zwei Parteien, die im Bundestag vertreten sind, gegen das Wahlrecht ab 16 Jahren. Die CDU sowie die AfD begründen diese Einstellung unter anderem damit, dass die nötige Reife und Lebenserfahrung mit diesem Alter noch nicht erreicht seien. Zusätzlich halten es beide Parteien für frag-

matisch, dass die Volljährigkeit, die volle Geschäftsfähigkeit, die Strafmündigkeit und andere Privilegien, die mit der Vollendung des 18. Lebensjahres einhergehen, wie beispielsweise der Führerschein, mit dem Wahlrecht zusammenfallen sollen. Laut der Pressestelle der CDU ist das Wahlrecht „eine der tragenden Säulen unserer Demokratie“ und deshalb solle die Wahl bedacht und mit genügend politischem Wissen getroffen werden, welches bei Minderjährigen noch nicht vollständig vorhanden sei.

Um den Jugendlichen die nötigen Kenntnisse zu vermitteln, schlägt die junge Partei Volt in ihrem aktuellen Wahlprogramm

die Einführung eines neuen Schulfachs „Demokratie leben“ vor. Zwar nehmen junge Menschen schon jetzt sehr viele verschiedene Arten der Partizipation, wie zum Beispiel Demonstrationen oder die Teilnahme in Jugendparteien, wahr, doch dieses Interesse an der Politik sollte vom Staat durch die Absenkung des Wahlalters noch weiter gefördert werden.

Darüber hinaus sind Jugendliche durchaus bereit sich aktiv zu engagieren, was die „Fridays for Future“-Demonstrationen, der Kampf gegen Rechts oder der überdurchschnittliche Einsatz in Ehrenämtern zeigt. Die Pressestelle der Grünen äußert sich zu diesem Thema wie folgt: „Die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre ist eine überfällige Antwort auf dieses großartige Engagement.“

Diese Ansicht wird auch von der SPD, den Linken und der FDP geteilt, wobei die FDP erst kürzlich ihr Wahlprogramm in diesem Punkt geändert hat.

Finnland gibt 1906 den Startschuss

Die Entwicklung des Frauenwahlrechts in Europa

Von Henrike Dennier und Klara Roos

BINGEN/MAINZ. Im „Superwahljahr 2021“ rücken die Wahlrechtsgrundsätze in den Vordergrund und insbesondere für das Frauenwahlrecht hat die Gleichheit der Wahl eine große Bedeutung. Der Wahlrechtsgrundsatz „gleich“ bedeutet, dass jeder deutsche Staatsbürger, der das 18. Lebensjahr vollendet hat, ein Stimmrecht besitzt. Dass dies unabhängig vom Geschlecht des Wählers gilt, musste jedoch zunächst in einer von Männern dominierten Gesellschaft erst erkämpft werden.

Um 1900 setzten sich Frauen aus allen gesellschaftlichen Schichten für das Wahlrecht ein, indem sie Hunderte von Vereinen gründeten, um ihrem Anliegen Gewicht zu verleihen.

Im Februar 1902 fand die erste internationale Frauenstimmrechtskonferenz statt, woraufhin unter anderem Anita Augspurg und Linda Heymann den Deutschen Verein für Frauenstimmrecht gründeten. Dieser Verein war die erste deutsche Organisation, die das Wahlrecht für Frauen forderte. Erst am 13. November 1918 verabschiedete dann der Rat der Volksbeauftragten das aktive und passive

Wahlrecht für alle Bürgerinnen und Bürger ab Vollendung des 20. Lebensjahres. Dies wurde durch den Satz „Männer und Frauen haben grundsätzlich dieselben staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten“, in der Weimarer Verfassung verankert.

Für die Nationalversammlung kandidierten 1919 daraufhin 300 Frauen, von denen 37 Bewerberinnen gewählt wurden.

Die weibliche Wahlbeteiligung lag bei über 82 Prozent. Daran lag der Frauenanteil in der Nationalversammlung bei 8,7 Prozent. Heute entspricht der Frauenanteil im Bundestag 31,4 Prozent.

In Europa führte Finnland 1906 das Frauenwahlrecht als erstes ein. Die anderen europäischen Länder folgten nach, wobei Lichtenstein als letztes europäisches Land 1984 das Schlusslicht bildete.

In Saudi-Arabien wurde erst 2015 das Frauenwahlrecht Gesetz. Dass dies so spät erfolgte, lag vor allem an den konservativen Kräften im Land. Seitdem ist in allen Ländern das Frauenwahlrecht weitgehend etabliert. Insofern kann man sagen, dass die Einführung des Frauenwahlrechts ein großer Schritt in Richtung Gleichberechtigung darstellt.

